



Für eine lebenswerte Stadt!



Kampf für gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit

DR. SAHRA WAGENKNECHT

VORSITZENDE BUNDESTAGSFRAKTION

Die Armen werden auch 2018 in Deutschland immer zahlreicher, die Reichen werden reicher. Mittlerweile gibt es hierzulande wieder eine ähnliche Einkommensverteilung wie am Ende des Kaiserreiches. Selbst die Lebenserwartung geht bei einem Vergleich des ärmsten mit dem reichsten Zehntel der Bevölkerung immer weiter auseinander. 40 % der Bevölkerung haben weniger Einkommen als noch in den 90ziger Jahren. Wesentlichen Anteil an dieser negativen Entwicklung hatten und haben die nach dem ehemaligen VW-Arbeitsdirektor Peter Hartz benannten Arbeitsmarktreformen der damaligen Bundesregierung aus SPD und Grünen. Von nun an konnten Erwerbslose enteignet und gezwungen werden, tariflich schlecht bezahlte Arbeit auch unterhalb ihrer Qualifikation anzunehmen. Auch wenn der Gesundheitsminister Jens Spahn dies anders sieht: Hartz IV bedeutet Verarmung und Enteignung. Zugleich wurden Beschäftigte in Arbeit mit dem Hartz-System derart unter Druck gesetzt, so dass es in den letzten Jahren gerade in Deutschland keine nennenswerten Lohnsteigerungen gab, während die Profite der Unternehmen geradezu explodierten. Vor diesem Hintergrund ist es gut, dass jetzt über die Abschaffung von Hartz IV auch bei der SPD diskutiert wird. Ein so genanntes solidarisches Grundeinkommen geht allerdings in die falsche Richtung, weil damit noch mehr Menschen für Armutslöhne arbeiten sollen. Zudem, da steuerfinanziert, würden die Konzerne ganz aus der Pflicht genommen. Hartz IV muss weg, gerade weil es weder vor Armut schützt noch berufliche Perspektiven eröffnet. Wir brauchen stattdessen neue, tariflich bezahlte Arbeitsplätze und eine Arbeitslosenversicherung, mit der die Beschäftigten nicht mehr wie bisher enteignet und gezwungen werden können, schlecht bezahlte Arbeit anzunehmen. Beschäftigte müssen endlich wieder in die Lage versetzt werden, ohne das Damoklesschwert der Hartz-Gesetze für gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit zu kämpfen.



KATJA KIPPING

VORSITZENDE DIE LINKE

Wir werden uns niemals mit Hartz IV abfinden

Ignorant gegenüber sozialer Not“. Es ist beschämend, dass die neue Große Koalition nichts am System Hartz IV ändern will. Im Koalitionsvertrag wird das Thema vollkommen vernachlässigt. Kein Wort zum Regelsatz, kein Wort zu den Sanktionen. Die Koalition der Sanktions-Befürworter im Bundestag reicht damit von der Regierung bis zur FDP und AfD. Ich würde allen Politiker*innen, die meinen, dass Hartz IV zum Leben ausreicht, empfehlen einmal das Gespräch mit den Beziehenden zu suchen. Ich selbst stehe in meinem Wahlkreis in Dresden regelmäßig morgens vor dem Jobcenter. Ich verteile Kaffee und Informationsmaterial und informiere über die Beratungsangebote der LINKEN. Vor allem aber habe ich ein

offenes Ohr für alle Geschichten. Viele davon sind nicht gerade erbaulich. Mit der Einführung von Hartz IV unter Rot-Grün wurde ein System geschaffen, das die Menschen im Job massiv unter Druck setzt und jene ohne Job in Armut und permanente Gängelung stürzt. Deshalb hat der Parteivorstand der LINKEN noch einmal bekräftigt, sich niemals mit dieser menschenverachtenden Regelung abzufinden. Wir wollen an so vielen Orten wie möglich regelmäßig vor dem Jobcenter stehen und unser Beratungs- und Hilfsangebot ausbauen. Wir werden nicht ruhen bis Hartz IV abgeschafft ist und durch eine sanktionsfreie Mindestsicherung von 1.050 Euro ersetzt wird. Denn Menschenrechte kürzt man nicht!



Faire Beschäftigung

S.2



Digitale Arbeit

S.3



Ökologische Mobilität

S.5

Kürzere Arbeitszeit – mehr Zeit zum Leben

SABINE ZIMMERMANN

MITGLIED DES BUNDESTAGES

Eine Bäckereifiliale, irgendwo in Leipzig. Sie ist geschlossen, seit halb sieben schon. Aber noch immer brennt Licht. Die Verkäuferin putzt die Theke, macht die Kasse. Erschöpft sieht sie aus. Die Nase läuft, die Augen tränen. „18.58 Uhr“ schreibt sie ins Stundenbuch. Und schließt die Ladentür ab. Es ist 19.43 Uhr. Die Bäckereifiliale steht für tausende Betriebe in Deutschland. Fast eine Milliarde unbezahlte Überstunden leisten die Beschäftigten in Deutschland, jedes Jahr. Der nächste Morgen, kurz vor Ladenöffnung. Laute Worte sind zu hören: „Den Boden hat sie nicht gewischt, alles voller Krümel. Hauptsache nach Hause, nach mir die Sintflut! Und dann hat sie sich auch noch für heute Nachmittag krank gemeldet. Soll der Laden vielleicht zubleiben?! Jetzt muss ich wieder ran, nur weil die ihren blöden Schnupfen auskurieren muss!“

Damit keine Missverständnisse aufkommen: Moralische Kritik an der Kollegin führt nicht weiter. Kritik verdienen die Verhältnisse. Sie sind nicht von den Beschäftigten gemacht. Falsch verstandener Zusammenhalt ist kein Ausdruck freier, bewusster Entscheidungen. Genau wie unbezahlte Überstunden. Unternehmen pressen mehr Arbeitskraft aus den Beschäftigten heraus und sparen dadurch Personal ein. Sie setzen auf die förmliche Verlängerung und Flexibilisierung von Arbeitszeiten. Doch geschickt nutzen sie auch Gruppenzwang und Arbeitshetze. Unternehmerische Verantwortung wird an die Beschäftigten delegiert. Dadurch machen sie sich das Unternehmerinteresse zu eigen, beuten sich selbst aus. Allein ist es nicht möglich, sich gegen diese Logik zu stemmen. Es drohen Mobbing, Karrierebremse, Arbeitsplatzverlust. Aber gemeinsam können Beschäftigte der falschen Solidarität eine echte entgegensetzen. Am besten mit Unterstützung, die über den Betrieb hinausreicht.

Eine gewerkschaftliche Solidarität also. In kleinteiligen Branchen mit niedrigem Organisationsgrad wie im Backwarenverkauf ist das schwieriger als in großen Unternehmen. Umso wichtiger ist es, dass Gewerkschaften in gut organisierten Branchen eine Vorreiterrolle einnehmen. Wie zum Beispiel die IG Metall mit ihrer Forderung nach Teilzeitarbeit mit Lohnausgleich. Umso wichtiger ist es, dass sich DIE LINKE. im Parlament für mehr Zeit zum Leben einsetzt. Denn Arbeitszeitverkürzung bedeutet mehr Freizeit, mehr Gesundheit, partnerschaftlich aufgeteilte Familienarbeit. Kürzere Arbeitszeiten schaffen auch mehr Nachfrage nach Arbeitskräften, stärken die Arbeitnehmerseite in Tarifauseinandersetzungen. Es geht also um viel. Deshalb war die Forderung der IG Metall so ein starkes Signal. Deshalb hat DIE LINKE. die Bundesregierung aufgefordert, die wöchentliche Höchst Arbeitszeit endlich von 48 Stunden auf 40 Stunden zu senken.

Doch das ist nur ein erster Schritt.

Beschäftigte müssen sich vernetzen und den Strategien der Unternehmensführungen gemeinsam eigene Strategien entgegensetzen, um auch der informellen Ausweitung von Arbeitszeiten wirksam zu begegnen. Ein anderes Bewusstsein muss wachsen. Der Kampf um die Zeit muss in den Betrieben und in der ganzen Gesellschaft stattfinden. Er muss sich verbinden mit Kämpfen gegen Personalabbau und Arbeitsverdichtung, für eine Stärkung der Tarifbindung und des Streikrechts. DIE LINKE. macht diese Kämpfe im Bundestag sichtbar und greift Gewerkschaftsforderungen auf. Sie streitet zugleich für eine andere Arbeitsmarktpolitik, die Druck von den Beschäftigten nimmt und die Verhandlungsposition der Gewerkschaften stärkt. Und sie hält an ihrem Ziel fest: Einer Gesellschaft, in der wir alle gemeinsam Arbeitsbedingungen gestalten. Im Interesse der Menschen, nicht des Profits.

Die Verbeamtung schafft eine Zwei-Klassen-Lehrerschaft.

MARCO GÖTZE

LEIPZIGER STADTRAT

„Es ist fünf nach zwölf“, hatte der Kultusminister in einem Pressestatement festgestellt. Seinem Haus war es nicht gelungen, zum Einstellungstermin im Februar (2018) alle freien Stellen – insgesamt 660 – zu besetzen. Zugleich steigt der Anteil der Seiteneinsteiger auf 62 Prozent. Im Vorjahr hatte er noch rund 30 Prozent betragen. Fünf nach zwölf bedeutet, dass es spät ist, um den Lehrernotstand noch abzuwenden. Die Zeit dafür ist abgelaufen. Von einem politischen Neuanfang, wie ihn der Ministerpräsident angekündigt hatte, sind wir im Bildungsbereich weit entfernt. Alles, was jetzt noch getan werden kann, ist, den Schaden zu begrenzen. Die negativen Auswirkungen des Personalnotstands auf den Schulunterricht so gering wie möglich zu halten, lautet die vordringliche Aufgabe der Kultuspolitik. Schuld an der Misere sind die sächsischen Christdemokraten. Sie haben in den vergangenen Jahren die Kultusminister gestellt und beharrlich über viele Jahre die notwendigen und von der Linksfaktion immer wieder angemahnten Einstellungen unterlassen. Doch trotz der enormen bildungspolitischen Herausforderungen ringen

die Koalitionäre von CDU und SPD seit Monaten mit sich selbst, um den künftigen Kurs in der sächsischen Bildungspolitik. Heraus kommen dabei schlechte parteipolitische Kompromisse. Einen schlechten parteipolitischen Kompromiss stellt das Ergebnis der Verhandlungen über eine Verbeamtung der jungen und neu eingestellten Lehrkräfte dar. Die Verbeamtung löst keines der bestehenden Probleme. Sie bringt den Lehrkräften keine Entlastung, trägt also zur Attraktivität der Lehrertätigkeit nichts bei. Das sorgt für eine Zwei-Klassen-Lehrerschaft in der Schule. Ohnehin profitieren von der Verbeamtung nur die Lehrkräfte, die jünger als 42 Jahre sind. Von insgesamt 30.000 Lehrkräften sind das lediglich 7.000. Die Altersgrenze von 42 Jahren benachteiligt den größeren Teil der Lehrerschaft, also gerade die, die in den vergangenen Jahren die Arbeit in den Schulen getan haben, zum Teil diejenigen, die über Jahre Zwangsteilzeit arbeiten mussten und bis in ihr Rentenalter die Folgen der Politik der Staatsregierung zu tragen haben. Für die Gruppen wie Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer oder Lehrkräfte an den Oberschulen, die jahrelang unterhalb einer gerechten Bezahlung arbeiten mussten, gibt es ohnehin keinen Ausgleich der verlorengegangenen Gehälter und Rentenansprüche. Auch sie werden noch im Rentenalter die

Ungerechtigkeit der sächsischen Personalpolitik auf ihren Rentenbescheiden wiederfinden. Und ob verbeamtete Lehrkräfte ausgerechnet in die Regionen gehen, wo der Mangel am größten ist, das dürfte zu bezweifeln sein.

Um dem Lehremangel endlich abzuhelfen, fordert DIE LINKE vom Kultusministerium die folgenden Maßnahmen einzuleiten:

1. eine transparente und fachlich fundierte Bildungsplanung,
2. ein solides Lehrpersonalentwicklungskonzept auf der Basis einer ausführlichen Analyse des Ist-Standes für den Generationswechsel in den Lehrerzimmern und die Unterrichtsversorgung,
3. eine gerechte Bezahlung für gleichwertige pädagogische Tätigkeit und einen Netto-Lohnausgleich für angestellte Lehrkräfte im Vergleich zu Beamten,
4. eine attraktive Einstellungspraxis, noch stärker schulbezogen,
5. einen sechsmonatigen Vorbereitungskurs und anschließend eine berufsbegleitende Fortbildung für Seiteneinsteiger vom ersten Schultag an,
6. zusätzliche Schulpsychologen,

7. eine Weiterentwicklung der Lehrpläne zu Rahmenlehrplänen statt einer unkoordinierten Kürzung der Stundentafel ohne Einbeziehung der Betroffenen,

8. ein tarifliches Altersteilzeitmodell mit u. a. zusätzlichen Anrechnungsstunden für Lehrerinnen und Lehrer ab dem 63. Lebensjahr,

9. das mittelfristige Ziel, an jeder Schule jeder Schulform mindestens eine/ein hauptamtlichen, vollbeschäftigte/n Schulsozialarbeiter/innenstelle zu installieren,

10. Programme in Kooperation mit den Hochschulen und Lehrerbildungsseminaren für ausgebildete Lehrkräfte, um den zusätzlichen Erwerb von Lehrfähigkeiten für Mangelfächer berufsbegleitend in einem vertretbaren Zeitraum zu ermöglichen,

11. Einstellungen, wenn möglich, auch abseits des unabwendbaren Bedarfs für Reserve- und Vertretungspools,

12. Einberechnen der personellen und inhaltlichen Anforderungen an Integrations- und Inklusionsbedarfe an den Schulen.



Roboter bezahlen keine Steuern

LUKAS STURM

DIE LINKE. LEIPZIG – AG SOZIALES

Es war immer ein ausgemachtes Prinzip unserer Gesellschaft: Wer arbeitet, bezahlt Steuern und leistet so einen Beitrag zum Gemeinwesen. Allein 2017 lag das Lohnsteueraufkommen bei 238,8 Milliarden Euro. Da könnte man bei Nachrichten wie der vom McKinsey Global Institute, in den nächsten zwölf Jahren könnten zwölf Millionen Arbeitsplätze wegfallen, schon beunruhigt sein.

Dass Arbeitsplätze durch veränderte Rahmenbedingungen verloren gehen, ist nicht neu. Jedoch legt das Ausmaß nahe, dass es nicht nur für die betroffenen ArbeitnehmerInnen existenzbedrohliche Ausmaße annehmen könnte, sondern auch für den Staat selbst.

Der Grund für den Wegfall dieser Arbeitsplätze lässt sich in Betrieben und Büros in ganz Deutschland beobachten: Der technische Fortschritt erleichtert Arbeit nicht mehr nur, er erzeugt Mittel, um die Arbeit vollständig von Maschinen erledigen zu lassen. Die US-Bank JP-Morgan Chase gab 2017 bekannt, die Software „Contract Intelligence (COIN)“ einzusetzen. COIN macht nichts anderes, als Akten durchzusehen und sie für den konkreten Gebrauch vorzubereiten; mittlerweile so gut, dass es die Arbeitszeit von 360.000 Stunden, geleistet von RechtsanwältInnen und deren Fachangestellten, in unter einer Minute erledigt – und das inhaltlich besser und mit einer geringeren Fehlerquote als die menschlichen MitarbeiterInnen. Die genormte Struktur von Arbeitsvorgängen im Finanz-, Rechts- und Versicherungswesen macht es einfach für die Software,

die Daten nach Auftrag aufzubereiten. Aber auch in der Industrie haben sich Normen etabliert. Fertigungsprozesse unterlagen bereits in der Vergangenheit einem solch hohen Zeitdruck, dass Standards geschaffen wurden, die ein effizientes Arbeiten ermöglichen. Der „Kollege Roboter“ tut sich damit erkennbar leicht. Ähnlich wie bei den erwähnten Bürotätigkeiten sind die etablierten Standards und Normen wichtige Anhaltspunkte für die Computerprogramme, die den Roboter steuern. Mit den richtigen Sensoren und einigen findigen Programmierern lässt sich der Roboter in einen Zustand versetzen, in dem er sein eigenes Verhalten beobachtet und so optimiert, dass er Fehler und Effizienzhemmnisse vermeidet. Oder anders gesagt: Der Roboter lernt. Diese Form von künstlicher

Intelligenz (KI) bezeichnet man als schwache KI. Dennoch ist sie stark genug, um große Effizienzsteigerungen zu erreichen und sogar menschliche Arbeitsplätze zu ersetzen.

Es scheint, als könnte diese Zukunft nicht schnell genug beginnen, wäre da nicht noch eine Kleinigkeit: unser Wirtschaftssystem und unsere Sozialsysteme.

Von den Ersetzungstendenzen werden viele Branchen betroffen sein. Es wäre in unserem gegenwärtigen Wirtschafts- und Sozialstaatsystem ein Desaster, sollten so viele Arbeitsplätze wie prognostiziert verloren gehen – und das sogar bei steigendem Bruttoinlandsprodukt. Die Notwendigkeit eines gut ausgearbeiteten Konzepts wird

immer größer, denn im schlimmsten Fall sind im Jahr 2030 mehr als zehn Millionen Menschen in Hartz IV.

Wie wollen wir, wie können wir gegensteuern? Wir könnten die Roboter und künstlichen Intelligenzen Steuern bezahlen lassen. Wir könnten die Betriebe im Allgemeinen höher besteuern, um das Auskommen der Menschen zu sichern – eine Art bedingungsloses Grundeinkommen. Wir könnten fordern, selbstständig arbeitende Produktionsmittel in die Staatshand zu übernehmen. Aber wir müssen verhindern, dass zu Digitalisierung noch einmal gesagt wird: „Das Internet ist für uns alle Neuland.“ Wir müssen sagen: wirsindneuland.de!

Amazon ist ein Krebsgeschwür für unsere Arbeitsmarktkultur

WILLIAM GROSSER

LEIPZIGER STADTRAT

Seit Jahren ruft die Gewerkschaft ver.di regelmäßig bei jährlichen Verkaufshöhepunkten von Amazon zu Streiks auf, um endlich einen Tarifvertrag auf dem Niveau des Einzel- und Versandhandels für die Belegschaft zu erkämpfen. In Deutschland ist das hart erkämpfte Tarifrecht ein Grundpfeiler des Verhältnisses der Arbeitsmarktparteien zueinander. Eine Entsprechung gibt es mit dem Collective Agreement auch in den USA. Seit 1999 siedelte sich der amerikanische Versandhandelskonzern Amazon in Deutschland an. 2006

wurde der Standort Leipzig eröffnet. Der Konzern kassierte dafür satte Prämien. Allein in Leipzig erhielt er ca. 7 Mio. € aus Bundesmitteln und von der Stadt ca. 5 Mio. €. Den Großteil der Steuern zahlte er bis 2015 „optimiert“ in Luxemburg, wo sein Europa-Hauptquartier ist. In Deutschland zahlte er bis dahin nur für Logistikleistungen (Leipzig ca. 500 T€ pro Jahr). Allein in Deutschland beträgt der Jahresumsatz ca. 12 Milliarden US-Dollar. Nach wie vor rechnet sich das Unternehmen arm, indem es durch hohe Reinvestitionen geringe Gewinnmargen einfährt. Das alles ist unmoralisch aber legal. Legal ist es leider auch, dass ein US-Unternehmen das schwer erkämpfte, Lohnarbeiter schützende Tarifrecht in

Deutschland sukzessive untergräbt. Unsere Norm wird einfach verweigert. Aber solche Praktiken sorgen auch dafür, dass immer mehr Menschen die ungezügelt Liberalisierung des Welthandels satthaben. Sie wollen einen Welthandel, der nationale Errungenschaften und Wirtschaften nicht zerstört, sondern das jeweils höchste soziale Niveau internationalisiert. Aber Amazon macht genau das Gegenteil. Es agiert wie eine Krebszelle und streut seinen Manchesterkapitalismus in die Körper der jeweiligen Volkswirtschaften. Deshalb kämpft die Belegschaft von Amazon nicht nur um einen „simplen“ Tarifvertrag, sondern letztlich um eine gesunde Volkswirtschaft. Unterstützen wir sie mit unserer Solidarität.

Die Kunst ist frei – der Künstler pleite.

MANUEL WAGNER

FREIER SCHAUSPIELER

Leipzig ist vielfältig, kreativ und seit ein paar Jahren „the place to go“ für Kulturschaffende aus aller Welt. Leipzig = Hypezig – man kennt das. Bei allem was über die Stadt geschrieben wird, kann man nicht leugnen: In Leipzig geht was. Konzerte, Ausstellungen, Lesungen, Theater, Performance und Tanz, für jeden ist etwas dabei. Den Großteil der Veranstaltungen kann man mit einem schmalen Geldbeutel besuchen. Die Vielfalt des Angebots resultiert vor allem aus der Arbeit unzähliger freiberuflicher Künstler, die Freiräume geschaffen haben und mit Leben füllen. Ein städtischer Kulturbetrieb wäre mit seinen trägen bürokratischen Strukturen und dem ihm eigenen elitären Kunstverständnis nicht in der Lage, ein ähnlich reichhaltiges Kulturangebot zu schaffen. Jedoch, wer sich als freier Künstler betätigt, tut dies auf dem freien Markt und der ist knallhart. Ich arbeite als Schauspieler in Leipzig und erfahre das am eigenen Leib. Ich kam wegen eines Engagements an einem kleinen Privattheater in die Messestadt. Mein Gehalt betrug 475 Euro brutto bei Arbeitszeiten von meist 50 Stunden pro Woche. Immerhin: ich war angestellt und sozialversichert. Um leben zu können, bezogen meine Familie und ich zusätzlich ALG II. Später entschied ich mich, freiberuflich zu arbeiten. Mit dieser Entscheidung hat sich für mich das Narrativ von Leipzig als der „wilden Stadt im Osten“, laut dem für Kulturschaffende alle Tore offen stehen, das Leben billig und Platz für Experimente ist, vollkommen entzaubert. Mieten und Lebenshaltungskosten steigen, Freiräume werden eingeschränkt. Kunst zu schaffen braucht Platz und Zeit. Vor Theateraufführungen muss geprobt werden, müssen Bühnenbilder gebaut, Beleuchtungskonzepte erstellt und Werbematerial verbreitet werden. Um Tantiemen zu umgehen, schreibt man die Stücke entweder selbst oder bearbeitet sie. In den Spielstätten, die freien Künstlern zur Verfügung stehen, ist für diese Arbeiten kein Platz, da dort fast täglich gespielt, performt und konzertiert wird. Deswegen müssen Räume angemietet werden. Dort wird für ca. einen Monat geprobt. Für ein abendfüllendes Theaterstück sind also mindestens zweieinhalb Monate Vorbereitungszeit nötig. Den Lohn dafür bekommt man am Premierenabend, zumindest in immaterieller Form. Für ein Ticket zahlt Mensch im Schnitt 10 Euro. Die meisten freien Theater fassen knapp 100 Zuschauer, von diesen Einnahmen gehen 30 % an das Theater

– am Ende bleibt nicht viel übrig. Die Stadtspitze schmückt sich zwar gerne mit dem guten Image der Stadt, lässt jedoch die Menschen links liegen, die dieses Flair kreieren. Das hat seinen Preis: Immer mehr Kulturschaffende kehren der Stadt den Rücken zu. Die Übrigen haben die Wahl, sich die spärlichen Fördergelder der Stadt zu teilen und davon ein prekäres Leben ohne Sicherheiten zu fristen oder den Beruf zu wechseln. Wenn in Leipzig eine lebendige Kulturszene auf hohem Niveau erhalten bleiben soll, ist ein substanzielles Umdenken im Umgang mit der freien Szene nötig.



Kultur ist Leben!?

FRANZ SODANN

MITGLIED DES LANDESTAGES

Sachsen hat eine reiche und lebendige Kunst- und Kulturszene. Allzu gern betont die Regierung, dass diese Millionen von Gästen in das „Kulturreiseland Nummer 1“ lockt. Neben Landesbetrieben wie die Staatsoper Dresden und städtischen Einrichtungen wie das Gewandhaus zu Leipzig gibt es auch im ländlichen Raum zahlreiche geförderte Kultureinrichtungen - von Theatern und Museen bis hin zu Tierparks. Darüber hinaus existiert landesweit eine stark wachsende Kultur- und Kreativwirtschaft sowie eine große freie Szene. Allen diesen Kulturschaffenden ist die Lebendigkeit von Kunst und Kultur zu verdanken. Doch wie wird das gewürdigt?

Während die Beschäftigten an Staatsbetrieben zu Recht Tariflohn erhalten und Leipzig an den großen städtischen Einrichtungen aus eigener Kraft Gleiches umsetzt, kann der Rest der Kulturschaffenden im Land davon nur träumen. Um Theater und Orchester in den ländlichen Kulturräumen erhalten zu können, verzichteten die Mitarbeiter*innen auf bis zu 30 Prozent ihrer Gehälter. Auch in anderen Kultureinrichtungen, Museen, Bibliotheken, Soziokulturellen Zentren, in der Freien Szene usw. leben viele Kulturschaffende häufig in prekären Verhältnissen. Gleiches gilt für freischaffende künstlerisch Tätige, die beispielsweise in der Musikwirtschaft, dem Buchmarkt, der Designwirtschaft, dem Markt für darstellende Künste, dem Presse- oder Kunstmarkt arbeiten.

Die Freischaffenden in der Kultur- und Kreativwirtschaft verdienen im Schnitt knapp 13.500 € jährlich, Frauen noch weniger als Männer: im Durchschnitt unter 1.000 Euro monatlich, in der

bildenden Kunst sogar unter 600 Euro. Von diesen „enormen“ Summen müssen sie sich selber versichern, Rücklagen für Anschaffungen bilden und sollen aufgrund der derzeitigen Rentenpolitik auch noch privat für die Rente vorsorgen - und leben können müssen sie auch noch. Selbstaubeutung ist an der Tagesordnung. Altersarmut ist programmiert. Damit muss Schluss sein. Denn Kultur ist nicht nur ein harter Standortfaktor, sondern vermittelt Werte, Orientierung, Menschlichkeit und dient der kulturellen Bildung. Sie beeinflusst unser Handeln und Denken und fördert die Lebensqualität unserer Gesellschaft. Die Kultur ist die Bildung des Herzens.

Deshalb bedarf es nicht nur der Worte der Anerkennung für die Kulturschaffenden, sondern es muss endlich auch gehandelt werden. Die Kulturausgaben des Freistaates müssen um 17 Millionen Euro erhöht werden, um die Grundlage für eine tarifgerechte Bezahlung landesweit zu schaffen.

Dann wäre auch die Einführung von branchenspezifischen Mindesthonoraren möglich.

Denn: Jeder Mensch muss von seiner Arbeit leben können. Das gilt auch für Kulturschaffende.

Franz Sodann, kulturpolitischer Sprecher der LINKEN im Landtag



Pendeln mit dem ÖPNV

Sozial-ökologische Mobilität im Alltag stärken

FRANZISKA RIEKEWALD

LEIPZIGER STADTRÄTIN

Viele Menschen pendeln täglich von und nach Leipzig. Sollten die Mieten in Leipzig weiter so steigen, werden es wohl bald noch mehr sein. Wie man jedoch in vielen Studien lesen kann, macht Pendeln krank. Der eine Grund ist, dass viele Pendler eher aufstehen und damit nicht genug Schlaf bekommen. Der andere Grund ist die stressige Fahrt zur und von der Arbeit. Nach einem 8-Stunden-Tag benötigt der

Körper einfach eine kleine Pause, um dann wieder fit für die zweite Schicht (Kinder, Haushalt, Hobby usw.) zu sein. Diese Pause ist vielen nicht vergönnt, da sie den Arbeitsweg mit dem Auto zurücklegen. Manche tun dies freiwillig, trotz guter Möglichkeiten mit dem öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) von und zur Arbeit zu kommen. Viele jedoch, die außerhalb von Leipzig wohnen oder arbeiten, sind auf das Auto auch heute noch angewiesen. Das Pendeln mit dem Auto ist jedoch nicht nur für die Pendler schädlich, es schädigt auch die Umwelt, sorgt für schmutzigere Luft und mehr Lärm auf

Leipzigs Straßen. Denn noch immer ist ein Großteil des Autoverkehrs in Leipzig Pendlerverkehr. Diese Verkehre sind vermeidbar, da meist eben nicht das Auto bei der Arbeit benötigt wird, sondern allein dem Arbeitsweg dienen. Das Ziel der LINKEN ist daher viele Menschen zum Umsteigen auf den ÖPNV zu animieren.

Dies wird uns jedoch nur gelingen, wenn der Arbeitsweg mit Bus- und Bahn nicht doppelt so lang ist, wie mit dem Auto. Oder aber die nächste Haltestelle im nächsten Ort liegt, denn nicht alle sind in der Lage, mehrere Kilometer mit dem Fahrrad zur nächsten S-Bahn-Haltestelle zu fahren. DIE LINKE fordert daher schon lange, das Bahn- und Busangebot im ländlichen Raum auszubauen. Außerdem müssen die Umstiegsbeziehungen so gestaltet werden, dass nicht der Bus gerade weg ist, wenn die S-Bahn ankommt. Dabei kann es jedoch nicht bleiben. Ein riesiger Anreiz zum Umstieg auf den ÖPNV ist auch ein niedriger Ticketpreis. Hier muss endlich ein Umdenken stattfinden. Nur mit einem Preis, der dem Auto Konkurrenz macht, werden wir Menschen vom Umstieg auf Bus- und Bahn überzeugen können. Denn Pendeln mit dem ÖPNV ist nicht nur für die Umwelt gut, sondern gerade auch für die Pendler selbst. Wenn sie wieder Kraft tanken, bei einer entspannten Bahn- bzw. Busfahrt nach Hause.



Hier ist
DIE LINKE
in Leipzig

DIE LINKE. Leipzig
Liebknecht-Haus
Braustraße 15
Tel.: 0341 - 14064411

Im Bundestag
Sören Pellmann, MdB
Wahlkreisbüro Grünau
Stuttgarter Allee 18
Tel.: 0341-2318440

Im Landtag
Cornelia Falken, MdL
Stuttgarter Allee 18
Tel.: 0341-2318440

Juliane Nagel, MdL
Bornaische Straße 3d
Tel.: 0341-3081199

Marco Böhme, MdL
Demmeringstraße 32
Tel.: 0341-49273148

Franz Sodann, MdL
Mariannenstraße 101
Tel.: 0341-60477300

Im Leipziger Stadtrat
Neues Rathaus
Zimmer 186
Tel.: 0341-1232150

Vom Pflegenotstand zum Pflegeaufstand

HARALD WEINBERG

MITGLIED DES BUNDESTAGES

In deutschen Krankenhäusern fehlen 100.000 Pflegekräfte. Die Ursache für diesen Pflegenotstands liegt in der Kommerzialisierung der Krankenhäuser, die seit fast 30 Jahren von allen Bundesregierungen vorangetrieben wird. Sie sind zu einem Geschäftsmodell gemacht worden. Um Kosten zu senken wird bei Pflegekräften und

den Servicebereichen von Krankenhäusern brutal gespart. Sie werden ausgequetscht wie Zitronen, und nach dem Ausquetschen wird auch noch die Schale abgerieben. In den letzten Monaten haben Pflegekräfte in zahlreichen Städten deshalb nicht für mehr Lohn (was auch dringend notwendig ist), sondern für mehr Kolleginnen und Kollegen gestreikt. Der gewerkschaftliche, politische und öffentliche Druck gegen den Pflegenotstand hat erste Erfolge erzielt: Im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD wurde vereinbart, dass gesetzli-

che Vorgaben gemacht werden sollen, wieviel Patientinnen und Patienten eine Pflegekraft höchstens versorgen darf (Personalbemessung). Auch die Finanzierung der Kosten für das Pflegepersonal soll besser geregelt werden. Das sind längst überfällige Schritte, für die sich DIE LINKE seit vielen Jahren einsetzt. Es bleibt aber abzuwarten, ob sich die Situation unter dem marktradikalen Gesundheitsminister Jens Spahn tatsächlich verbessert. In jedem Fall muss der Druck weiter hochgehalten werden. In Hamburg hat beispielsweise im März

eine Volksinitiative innerhalb von drei Wochen über 27.000 Unterschriften gesammelt, um in Hamburgs Krankenhausgesetz konkrete Regelungen für eine Personalausstattung vorzuschreiben, die der Menschenwürde und nicht der Betriebswirtschaftslehre entspricht. An vielen Stellen im Land braut sich derzeit ein Pflegeaufstand zusammen, der der Bundesregierung in den nächsten Jahren hoffentlich gehörig Beine machen wird. DIE LINKE ist ein Teil davon!



Linkes Erinnern für die Kämpfe der Gegenwart

DR. VOLKER KÜLOW

HISTORIKER

Nicht erst die jüngsten Auseinandersetzungen um die Marx-Gedenktafel und die zunächst verfügte Nicht-Aufnahme Erich Zeigners in die Porträt-Galerie der Leipziger Oberbürgermeister im Neuen Rathaus zeigen die ungebrochene Relevanz von geschichtspolitischen Debatten in unserer Stadt. In beiden Auseinandersetzungen wurde deutlich, dass die LINKE, die seit 1998 im Geburtshaus von Karl Liebknecht in der Braustraße 15 beheimatet ist, wie keine zweite Partei die historisch gewachsenen demokratischen Traditionen unserer Stadt pflegt. Im Mittelpunkt unseres Erbeverständnisses stehen dabei die Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung und des antifaschistischen Widerstandes gegen die Nazidiktatur.

Linke Erinnerungsarbeit ist unverzichtbar mit den Kämpfen der Gegenwart verbunden. Besonders deutlich wurde das am 22. Februar durch die Veranstaltung mit Sahara Wagenknecht im traditionsreichen Felsenkeller. Hier nahmen wir im „Vorprogramm“ des Auftritts der Vorsitzenden der Bundestagsfraktion vor mehr als 1.200 Gästen auf die berühmte Rede von Rosa Luxemburg „Die weltpolitische Lage“ Bezug, in der sie am 27. Mai 1913 an gleicher Stelle erklärt hatte: „Solange das Kapital herrscht, werden Rüstungen und Krieg nicht aufhören.“ Die von der Linkspartei herausgegebene Broschüre mit der Luxemburgrede in einer Auflagenhöhe von 500 Exemplaren war an diesem Abend im Nu vergriffen, liegt aber jetzt wieder in ausreichender Stückzahl sowie auch digital vor und kann auf der Internetseite der Leipziger LINKEN als PDF eingesehen werden.

Am Rande der Versammlung mit Sahara Wagenknecht wurden mehr als 700 Euro für ein geplantes Gedenkzeichen gesammelt, das künftig am Felsenkeller an Rosa Luxemburgs Auftritt im Jahre 1913 erinnern wird.

Weitere Spenden sind ausdrücklich erwünscht und können bitte auf folgendes Konto überwiesen werden:

DIE LINKE. Leipzig

Sparkasse Leipzig
IBAN DE18 0605 5592 1175 5039 20
BIC WELA2E33XXX



Im Dialog für ein solidarisches Leipzig

DIE LINKE. Leipzig

REDAKTIONSGRUPPE KOMMUNALWAHLPROGRAMM 2019

Die Erarbeitung des Kommunalwahlprogramms für die Stadtratswahlen am 26. Mai 2019 zählt für die Leipziger LINKE zu den zentralen inhaltlichen Herausforderungen der nächsten zwölf Monate. Dabei beachten wir selbstverständlich, dass sich seit den letzten Wahlen im Jahr 2014 die demografischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen gravierend verändert haben. Leipzig ist heute die am schnellsten wachsende Großstadt in der BRD; für 2030 wird eine Bevölkerung von ca. 700.000 Menschen prognostiziert. Das rasante Wachstum bringt vielfältige neue Aufgabenfelder mit sich, insbesondere beim Ausbau der sozialen und kommunalen Infrastruktur (Wohnungen, Kitas, Schulen, ÖPNV, Verwaltung, Straßenerhaltung, städtische Beteiligungen usw.). Dieser thematischen Bandbreite müssen wir uns ebenso stellen wie neuen Herausforderungen, z. B. der Integration von Geflüchteten oder der beschleunigten Digitalisierung der Gesellschaft.

Wir brauchen ein Wahlprogramm, das diesen und vielen weiteren Anforderungen gerecht wird und den Leipzigerinnen und Leipzigern linke Antworten auf die sie bewegenden Fragen liefert. Zugleich dient es der Stadtratsfraktion als Arbeitsprogramm für die nächste Wahlperiode und als Selbstverpflichtung für unsere Aktivitäten in den Stadtteilen sowie als Angebot zur

Zusammenarbeit mit allen Initiativen, Gruppen und Organisationen, die mit uns gemeinsam diese Herausforderungen bewältigen wollen. Aus diesem Grunde suchen wir schon jetzt das Gespräch mit der Bevölkerung, sowohl mit Menschen, die seit langem hier leben als auch mit den zahlreichen Neu-LeipzigerInnen, um ein solidarisches Miteinander in unserer Stadt zu befördern. Besonders wichtig ist uns dabei der aktive Dialog mit fachkundigen AkteuerInnen der Stadtgesellschaft, wie z. B. den Gewerkschaften, MieterInneninitiativen, sozialen Bewegungen und Umweltorganisationen, die ebenso wie wir für eine Stadt eintreten, in der sich konsequent mit allen Formen von Rechtsextremismus, Rassismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus und Homophobie auseinandergesetzt wird.

Als ein erstes Gesprächsangebot möchten wir der interessierten Öffentlichkeit ein Diskussionspapier vorstellen, in dem die folgenden sechs Themenkreise als Hauptabschnitte für unser Kommunalwahlprogramm 2019 vorgeschlagen werden:

1. Für eine sozial-ökologische Wirtschaft und gute Arbeit;
2. Für soziale Gerechtigkeit und selbstbestimmtes Leben;
3. Für eine nachhaltige Stadtentwicklung;
4. Für Recht auf Stadt und bezahlbares Wohnen;
5. Für eine Mobilität, die uns allen nutzt;

6. Wir alle sind Leipzig – für eine aktive Bürgerstadt.

Zu allen genannten Schwerpunkten gibt es auch schon Kernbotschaften, die hier aus Platzgründen zwar nicht ausbreitet, aber auf der Internetseite des Leipziger Stadtverbandes (www.dielinke-leipzig.de) an anderer Stelle gern nachgelesen werden können.

Wir wollen die nächsten Monate nutzen, um mit möglichst vielen Menschen in den Dialog für ein solidarisches Leipzig einzutreten. Nach wie vor ist der Kampf um soziale Gerechtigkeit und ein selbstbestimmtes Leben für uns eine Schlüsselfrage und zählt zu den unverwechselbaren Grundwerten. Trotz des wirtschaftlichen Aufschwungs der letzten Jahre hat sich die soziale Spaltung der Stadtgesellschaft nämlich nicht verringert. Und wir wissen auch, dass Wohnen bei einem MieterInnen-Anteil von knapp 90 Prozent der Bevölkerung derzeit neben fehlenden Kitaplätzen das soziale Hauptthema ist. Die Leipziger LINKE versteht sich als die MieterInnenpartei und setzt sich vor allem dafür ein, dass möglichst schnell preiswerte Wohnungen in allen Stadtteilen bereitgestellt und der Preisanstieg bei Bestandswohnungsrenten gedämpft werden. Wir setzen uns gegenüber Bund und Land für eine neue Offensive im sozialen Wohnungsbau ein.

Kommen wir zu diesen und allen anderen brennenden Fragen miteinander in den nächsten Monaten ins Gespräch. Wir freuen aus auf den Dialog mit der Leipziger Bürgerschaft.

Interview mit Markus Schlimbach

Vorsitzender DGB Sachsen

Das Interview für LEIPZIG KONKRET führte
Marianne Küng-Vildebrand,

LEIPZIG KONKRET Zu den Betriebsratswahlen: Ist bereits absehbar, dass mehr Betriebsräte in den Unternehmen gewählt werden? Sind mehr Wahlen angesetzt und damit ein Zuwachs von stärkeren Arbeitnehmervertretungen zu erwarten?

Markus Schlimbach: Seit einigen Jahren verzeichnen wir in Sachsen den Trend zu mehr Gründungen von Betriebsräten. Immer mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind mit den Arbeitsbedingungen in den Betrieben unzufrieden und wollen durch die Wahl eines Betriebsrates mehr Mitbestimmung erreichen. Die Gestaltung von konkreten Arbeitsbedingungen, wie die Arbeitszeit, die Vereinbarkeit von Familienaufgaben und Beruf, die Digitalisierung oder der Arbeitsschutz im Betrieb – all das kann der Betriebsrat mitbestimmen. Untersuchungen zeigen, dass sich durch die Arbeit der Betriebsräte die Arbeit deutlich verbessern kann. Dennoch stellen wir bei manchen Unternehmen fest, dass sie sich mit allen Mitteln gegen Betriebsräte wehren; das geht hin bis zu Mobbing. Deshalb brauchen wir einen besseren gesetzlichen Schutz für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die einen Betriebsrat gründen wollen. Sachsen ist leider auf dem letzten Platz in Deutschland, was die Zahl der Betriebsräte angeht. Nur 31 % der Betriebe in Sachsen haben einen Betriebsrat – in Deutschland insgesamt sind es 41 %. Da haben wir auf jeden Fall noch eine Menge Arbeit vor uns.

LEIPZIG KONKRET Wie sieht die Strategie zur Erhöhung der Tarifbindung in Sachsen aus?

Markus Schlimbach: Die beste Strategie für eine höhere Tarifbindung sind mitgliederstarke Gewerkschaften. Denn nur Gewerkschaften können Tarifverträge erstreiten. Positiv ist, dass wir gerade bei jungen Menschen immer mehr Bereitschaft finden, sich in Gewerkschaften zu engagieren und für bessere Arbeitsbedingungen und bessere Löhne zu streiten. Aber wir brauchen auch die Unterstützung der Politik. Sachsen ist kein Niedriglohmland, sondern die Menschen hier haben genauso ein Anrecht auf gute Löhne und gute Arbeitsbedingungen. Tarifverträge müssen dafür der Standard

sein und sind nicht nur beschränkt auf Großbetriebe. Am besten wäre es, wenn sich Arbeitgeberverbände nicht einfach aus der Tarifbindung herausstellen können. Eine gute Tarifbindung entsteht durch Gewerkschaften und starke Arbeitgeberverbände.

LEIPZIG KONKRET Wie ist die Zusammenarbeit des DGB Sachsen mit den demokratischen Parteien und wo gibt es Schnittmengen?

Markus Schlimbach: Schnittmengen gibt es in vielen Bereichen, denn längst nicht alles lässt sich durch Tarifverträge regeln, sondern erfordert politische Entscheidungen. Die soziale Sicherung zum Beispiel: In der Krankenversicherung muss die unsinnige Trennung zwischen gesetzlich und privat beseitigt werden. Altersarmut ist ein wachsendes Problem; hier brauchen wir Sicherungen, damit Menschen nach einem Arbeitsleben nicht in Armut stürzen. Hartz IV ist ein Programm, das viele Langzeitarbeitslose in die Armut getrieben und den Niedriglohnsektor gefördert hat. Hier wären deutliche Veränderungen notwendig, für die wir als DGB Vorschläge unterbreitet haben. Das alles sind Aufgaben, bei denen wir mit den demokratischen Parteien zusammenarbeiten wollen. Aber wir ziehen auch eine klare Grenze zur AfD. Deren rechtspopulistische Vorschläge führen nur zu einer Spaltung in der Gesellschaft und lösen keine Probleme.

LEIPZIG KONKRET DIE LINKE führt seit drei Jahren die Kampagne zu Pflege-notstand und Personalmangel in den Krankenhäusern. Welche Kampagne ist beim DGB in Planung?

Markus Schlimbach: Eine konkrete Kampagne planen wir derzeit nicht. Aber wir sind uns einig, dass die Leistungen der Pflegeversicherung verbessert werden müssen, um einerseits Pflege in Würde zu erreichen und andererseits die Beschäftigten zu entlasten. Aktuell gibt es in vielen Krankenhäusern Auseinandersetzungen um eine tarifvertragliche Regelung zur Mindestbesetzung, die von ver.di geführt werden. Die Bundes- und Landespolitik muss hier deutlich andere Akzente setzen.

LEIPZIG KONKRET Wie siehst du die Erfolgsaussichten für den angestrebten Volksantrag zum längeren gemeinsamen Lernen in Sachsen?

Markus Schlimbach: Ich hoffe sehr, dass der Volksantrag erfolgreich sein wird. Die frühe Trennung von Kindern führt dazu, dass nicht alle die gleiche Chance auf gute Bildung bekommen. Es ist für mich eine Frage der Gerechtigkeit, dass jedes Kind in Sachsen gut lernen kann. Und das geht für mich nur mit längerem gemeinsamem Lernen.

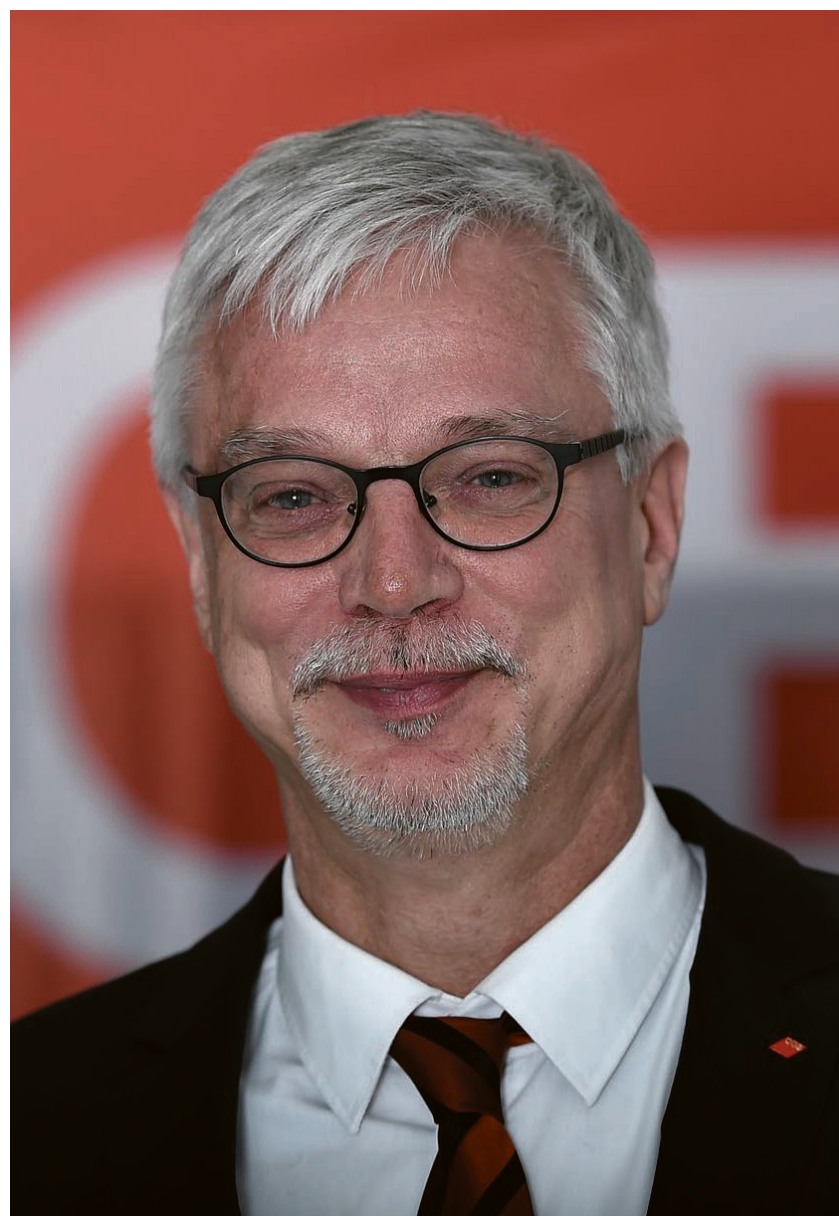
LEIPZIG KONKRET Die IG Metall griff das Thema der Arbeitszeitverkürzung wieder auf. Wird dies auch für den DGB in Sachsen ein Thema werden?

Markus Schlimbach: Das Thema steht bei uns schon seit einiger Zeit auf der Tagesordnung. Die Eisenbahnergewerkschaft EVG hat mit ihrem Tarifvertrag zur Wahl zwischen kürzerer Arbeitszeit, mehr Urlaub oder einer Lohnerhöhung einen Maßstab dafür gesetzt, wie heutzutage auf die wechselnden Bedürfnisse der Beschäftigten eingegangen werden kann. Die Chemieindustrie hat nachgezogen, jetzt auch die IG Metall. In anderen Bereichen

gibt es Tarifverträge, wie ein gleitender Ausstieg aus dem Arbeitsleben organisiert werden kann. Und natürlich geht es immer wieder um die Angleichung der Arbeitszeit in Ost und West. Es ist nach 27 Jahren deutscher Einheit einfach überfällig, dass die längeren Arbeitszeiten im Osten an die im Westen angeglichen werden. Aber auch das werden wir uns erkämpfen müssen, das fällt nicht vom Himmel.

LEIPZIG KONKRET Welchen Hauptschwerpunkt hat sich der DGB-Sachsen für die nächste Zeit gesetzt?

Markus Schlimbach: Neben den Betriebsratswahlen und einer besseren Tarifbindung wollen wir für Sachsen ein Weiterbildungsgesetz erreichen, damit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen garantierten Anspruch auf Freistellung für Weiterbildung haben. Sachsen ist neben Bayern das einzige Bundesland, welches kein Gesetz für Bildungsfreistellung hat. Dabei reden doch alle von der Notwendigkeit des lebenslangen Lernens. Im Herbst wollen wir dazu eine Kampagne starten. Und dann bereiten wir uns natürlich auf die Kommunal-, Europa- und Landtagswahlen vor, bei der wir für ein Sachsen werben wollen, das ein Land für gute Arbeit und sozialen Ausgleich ist.





DR. ADAM BEDNARSKY

VORSITZENDER DIE LINKE. LEIPZIG

Liebe Leipzigerinnen und Leipziger,

unbestritten leben wir in politisch unruhigen Zeiten. Nicht wenige sprechen sogar von einem Übergang in eine neue gesellschaftliche Ära. Aber in was für einem Land, auf was für einem Kontinent werden wir zukünftig leben? In einem Europa, in dem erneut ein Kalter Krieg herrscht, in dem immer öfter rechtspopulistische und nationalistische Kräfte an der Regierung sind und sich die soziale Spaltung immer weiter vertieft? Dazu beklagt die Öffentlichkeit vermehrtes Artensterben und Unwetterphänomene, die zu Recht als unheilvolle Zeichen für die globale Erwärmung wahrgenommen werden. Ja, die Welt ist in Bewegung, und die Menschen erwarten Antworten auf ihre Sorgen gegenüber der Zukunft – auch und gerade von einer linken Partei.

Wir sind der festen Überzeugung, dass eine soziale Zukunft möglich ist. Wir stellen uns daher einer zunehmend vom Neoliberalismus beherrschten Gesellschaft mit aller Kraft entgegen, in der die Wirtschaft und der sogenannte freie Markt nahezu alle Lebensbereiche durchdringen. Wir wollen nicht die Augen davor verschließen, dass nur wenige von der Arbeit vieler profitieren und es die etablierte Politik nicht vermag, der globalen Umweltzerstörung Einhalt zu gebieten.

Die Agenda 2010-Hartz IV-Politik hat in Deutschland in den letzten 15 Jahren einen riesigen Niedriglohnsektor geschaffen. Auch in Leipzig zeigen sich die fatalen Auswirkungen dieser politischen Weichenstellung der damaligen rot-grünen Bundesregierung. Zwar wird unsere wachsende Stadt überregional als „Boomtown“ angesehen oder gar als „Hypezig“ und das „bessere Berlin“ vermarktet. Zur Wahrheit über Leipzig gehören aber auch die Zahlen aus dem Leipziger Sozialreport 2017: Jeder vierte Haushalt hat monatlich weniger als 1.100 Euro netto zur Verfü-

gung. Jedes fünfte Kind lebt in einem SGB II-Haushalt. Unsere Stadt weist eine Armutsgefährdungsquote von 17 Prozent auf. Das Nettoeinkommen liegt durchschnittlich bei 1.280 Euro, im Bundesgebiet wird im Durchschnitt 1.900 Euro verdient. Die Schere zwischen Arm und Reich wird auch in Leipzig von Jahr zu Jahr größer.

Die Arbeitswelt ist im Zeitalter von Industrie 4.0 und Digitalisierung im Umbruch. Der sichere und unbefristete Arbeitsplatz mit fairem Lohn ist oftmals nur ein Traum. Die genannten Zahlen mögen in ihrer Gesamtheit abstrakt klingen, sie belegen aber konkret die Lebensrealität vieler Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt, die von Unsicherheit bestimmt ist. Dazu kommt noch der mangelnde Respekt gegenüber vielen Beschäftigten z.B. in den Pflegeberufen, in Kitas, in Call-Centern oder gegenüber LeiharbeiterInnen an den Fließbändern sowie befristeten MitarbeiterInnen an der Uni und den Hochschulen. Viele Betroffene sind darüber frustriert, dass sie hart arbeiten und trotzdem auf zusätzliche Unterstützung vom Amt angewiesen sind, das einen oftmals noch schikaniert.

Anfang Juni wird DIE LINKE ihren Bundesparteitag in Leipzig durchführen. Damit möchte unsere Partei in Leipzig ein Zeichen setzen: Die linke, soziale Alternative sind wir. Wir sind die Partei, die dem neoliberalen Zeitgeist eine klare Absage erteilt. Wir sind die Partei, die eine scheinbare Alternativlosigkeit nicht zulässt. Wir laden alle ein, mit uns die notwendigen gesellschaftlichen Kämpfe für eine nachhaltige soziale und ökologische Wende zu führen. In der LINKEN und mit der LINKEN wollen wir für gesellschaftliche Mehrheiten streiten.

KREUZWORTRÄTSEL

Die richtige Lösung des Kreuzworträtsels schicken Sie bitte bis zum 10. Juni 2018 per Mail oder Brief an

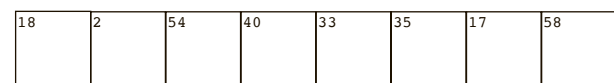
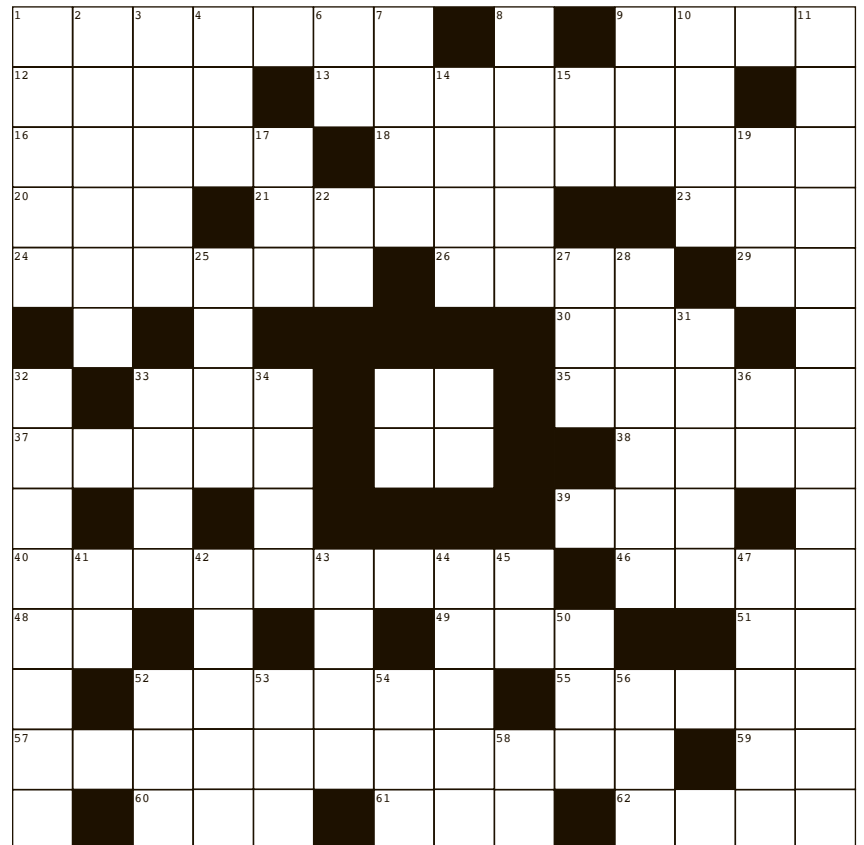
DIE LINKE. Leipzig

Liebknecht-Haus
Braustraße 15
04107 Leipzig

Den GewinnerInnen winken fünf Fahrten (2 Tage, je 2 Personen) nach Berlin zum Leipziger Bundestagsabgeordneten Sören Pellmann in den Deutschen Bundestag und zahlreiche Buchpreise.

Wir wünschen viel Glück!

KREUZWORTRÄTSEL



Waagrecht:

1 deutscher Jurist und Politiker, Nachkriegs-oberbürgermeister von Leipzig (1886-1949); 2 ein türkisches Nationalgetränk; 12 also, folglich, demnach; 13 literarisches Hauptwerk von Karl Marx, wurde erstmals in Leipzig verlegt; 16 russischer Revolutionsführer, Begründer der Sowjetunion; 18 anwesend, da; 20 Großmutter; 21 ein roter Farbstoff; 23 französischer Schriftsteller (1804-1857); 24 Vertreter der venezianischen Malerei, Hauptmeister der italienischen Hochrenaissance (1485-1576); 26 blütenlose Sporenpflanze; 29 Kfz-Kennzeichen Trier; 30 griechische Insel in der östlichen Ägäis; 33 franko-flämischer Komponist der Renaissance (um 1561); 35 Stadt in Rumänien, Region Walachei; 37 frühe lateinische Bibelübersetzung; 38 Fluss im Westen Weißrusslands und Westen Russlands; 39 scharfe Landspitze an Gebirgsküsten; 40 einflussreiche Vertreterin der Arbeiterbewegung, hat schon im Felsenkeller gesprochen (1871-1919); 46 Titanentochter, Geliebte des Zeus; 48 chemisches Symbol Iridium; 49 Fluss in China und Kasachstan; 51 Ländercode für Honduras; 52 griechische Sagengestalt, Mutter des Weingottes Dionysos; 55 Stadt im Altertum, im Nordwesten der heutigen Türkei; 57 dauerhaft sozial gerechte und freie Zukunftsgesellschaft; 59 Abkürzung für eine Jugendzeitschrift in der DDR; 60 englischer Titel, Höflichkeitsanrede; 61 Fluss in Schottland; 62 Theaterplatz

Senkrecht:

1 Glaubenseiferer; 2 Einsiedler; 3 männlicher Vorname; 4 Bezeichnung für einen Nichtjuden; 6 ungarischer Grafiker, Mitbegründer der Vereinigung revolutionärer bildender Künstler (1902-1975); 7 bedeutende gelbe Nutzpflanze; 8 ein Tasteninstrument, veraltet für Klavier; 9 Titel am äthiopischen Kaiserhof; 10 Stadt in Frankreich, Region Okzitanien; 11 kommunistisch geprägter Zusammenschluss von Arbeiterorganisationen; 14 eine Parade im Fecht sport; 15 chemisches Symbol Tellur; 17 Fluss in Schweden und Norwegen; 19 längliche Vertiefung; 22 russisches Pronom; 25 österreichischer Fluss in Osttirol; 27 Fluss in Russland, Nebenfluss der Wolga; 28 dem Gemeinwohl, der Allgemeinheit dienend; 31 österreichischer Operettenkomponist (1819-1895); 32 sozialistische Partei in Deutschland; 33 deutscher Philosoph und Gesellschaftstheoretiker, Protagonist der Arbeiterbewegung (1818-1883); 34 ein Lachsfisch; 36 ein Kreis in der bezirksfreien Stadt Linfen in der chinesischen Provinz Shanxi; 41 Auerochse; 42 Baumharz; 43 Gesamtheit des Bienenvolkes; 44 Märchen- und Sagenfigur; 45 Abkürzung für allgemeine lineare Gruppe in der Mathematik; 47 altgermanische Volks- und Gerichtsversammlung; 50 Gemeinde im brasilianischen Bundesstaat Sao Paulo; 52 kurz für einen Telekommunikationsdienst; 53 Fluss durch Österreich, Slowenien, Kroatien und Ungarn; 54 Teil des äußeren Auges; 56 Abkürzung für einen antifaschistischen Leipziger Sportverein

IMPRESSUM

Herausgeberin:
DIE LINKE. Leipzig
Liebknecht-Haus
Braustraße 15
04107 Leipzig

Tel: 0341/140 644 11
Fax: 0341/140 644 18
Web: www.dielinke-leipzig.de
E-Mail: vorstand@die-linke-in-leipzig.de
facebook: facebook.com/dielinke.leipzig/
twitter: twitter.com/dielinkeleipzig

Druck: BVU Berliner Zeitungsdruck GmbH
Redaktion: Kay Kamieth (V.i.S.d.P.), Adam Bednarsky
Gestaltung: Subversive Designs
Spenden: Sparkasse Leipzig
IBAN: DE18 0605 5592 1175 5039 20
BIC: WELADE8LXXX

DIE LINKE.